IMMAC
... leading in social investments

Datum:	13. April 2012
Medium:	Die Presse.com
Thema:	Experte: „Viele Pflege-Initiativen verpuffen“

Experte: „Viele Pflege-Initiativen verpuffen“

Christoph Gisinger schlägt eine verpflichtende Pflegeversicherung ab 60 Jahren vor. Damit würde eine Ungleichheit im Sozialsystem beseitigt. Betroffene müssten zuerst arm werden, ehe die öffentliche Hand zahle.

Wien. Die Warnung des Vorsitzenden der Pflegedirektoren, Karl Schwaiger, wegen des Mangels an Pflegepersonal („Die Presse“ berichtete) animiert jetzt weitere Betroffene, eindringlich auf Fehlentwicklungen im Pflegewesen aufmerksam zu machen. Universitätsprofessor Christoph Gisinger, Direktor des „Hauses der Barmherzigkeit“ in Wien, sieht den bei der Pflege besonders ausgeprägten Kompetenzwirrwarr zwischen Regierung, Ländern und Gemeinden als großes Übel an. „Es ist leider traurige Realität in unserer Republik, dass viele gute Initiativen im Labyrinth des Föderalismus verpuffen“, bemängelt er.

Mit einem bundesweit einmaligen Pflegeprojekt für einen sogenannten „Generationen-Campus“ wird Gisinger zwischen Stadt Wien und Bundesregierung hin- und hergeschickt. Das Vorhaben würde in Wien Währing Praxis und Ausbildung verknüpfen: Konkret geht es um ein seit knapp sechs Jahren stillgelegtes Pflegeheim, das mit einer Kapazität von 200 Personen neu errichtet würde, daran sollen eine „Pflege-HTL“ und eine Fachhochschule für Pflege anschließen.

Das Hauptproblem sei nicht so sehr das Geld, analysiert Gisinger, sondern die zersplitterte Verantwortung: „Einer schickt uns zum anderen.“ Es gebe zwar von der Wiener Stadtregierung viel positive Resonanz. Haupthindernis sei aber, dass in Wien zwei Ressorts (Soziales sowie Schule) zuständig sind. Auf Bundesebene sind es zwei Ministerien (für Unterricht sowie Wissenschaft). Irgendwo dazwischen versinkt die Initiative. Die Strukturen von Verwaltung und Politik würden einfach nicht den Erfordernissen, Pflegepraxis und qualifizierte Ausbildung zu verbinden, entsprechen. „Dieses Projekt passt halt nicht in die Logik.“

„Solidarität der Pensionisten“

Gisinger fordert wie der Salzburger Pflegedirektor Schwaiger, die Brücke zwischen dem Ende der Pflichtschule und dem möglichen Start der Pflegeausbildung im Alter von 17 Jahren zu schließen: „Wir brauchen einen Anschluss an das Bildungssystem.“ So rät der Universitätsprofessor angesichts des ungebrochenen Zustroms von Mädchen in den Friseurberuf: Es „wäre sinnvoller“ eine Ausbildung für eine übergeordnete, gesundheitsorientierte Körperpflege zu bieten.

Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) ist von der Regierung beauftragt, bis Ende 2012 ein umfassendes Pflegekonzept vorzulegen. Eine Arbeitsgruppe wurde im September 2011 eingesetzt.

Christoph Gisinger prescht im Gespräch mit der „Presse“ mit einer brisanten Idee vor. Zur Sicherung der Finanzierung tritt er für eine verpflichtende Pflegeversicherung für Menschen ungefähr ab dem Alter von 60 Jahren ein. „Wie beim Kfz“, wo auch jeder für das Auto eine Versicherung haben müsse. Damit sollten krankheits- und betreuungsbedingte Kosten gedeckt werden, nicht jedoch beispielsweise Essen. Gisinger mahnt bei der Pflichtversicherung zur „Solidarität der Pensionsbezieher“.

Gleichzeitig würde damit eine Ungleichheit im Sozialversicherungssystem beseitigt. Denn, komme ein Patient wegen einer Erkrankung ins Spital, tragen die öffentliche Hand und die Krankenversicherung abgesehen von einem Selbstbehalt die Kosten. Sei hingegen ein Aufenthalt in einem Pflegeheim notwendig, werde zuerst das Vermögen bis zu einer Grenze „abgeschöpft“, Betroffene müssten zuerst arm werden, ehe die öffentliche Hand zahle. „Das ist unwürdig“, sagt der Experte.

AUF EINEN BLICK

Professor Giesinger tritt für eine verpflichtende Pflegeversicherung für Menschen ungefähr ab dem Alter von 60 Jahren ein. Damit sollten krankheits- und betreuungsbedingte Kosten gedeckt werden, nicht jedoch beispielsweise Essen. Gleichzeitig würde damit eine Ungleichheit im heimischen Sozialversicherungssystem beseitigt. Komme ein Patient wegen einer Erkrankung ins Spital, trage die öffentliche Hand die Kosten, bei der Pflege hingegen vorerst der Betroffene.